

Lebensmittel

„Das Ministerium hat keine Kontrolle“



Stephan Rixen, 47, Verfassungsrechtler der Uni Bayreuth, über die Arbeit der sogenannten Lebensmittelbuch-Kommission. Das

wichtigste Gremium der deutschen Lebensmittelwirtschaft legt im Auftrag des Bundesernährungsministeriums fest, wie viel Leber in einer Leberwurst sein sollte oder ob ein Schinkenbrot tatsächlich Schinken enthalten muss.

SPIEGEL: Herr Rixen, Sie bezeichnen das deutsche Lebensmittelrecht als verfassungswidrig. Was stört Sie an den Regeln, die etwa für „Rindfleisch im eigenen Saft“ oder für das „Alaska-See-lachs-Schnitzel“ gelten?

Rixen: Ich habe kein grundsätzliches Problem mit solchen Regeln, sondern mit der Art und Weise, wie sie zustande kommen. Die halte ich für verfassungswidrig. Denn die Herstellung, Beschaffenheit oder sonstige Merkmale von Lebensmitteln werden in den sogenannten Leitsätzen festgelegt. Diese werden von einem eigens dafür berufenen Gremium erstellt: der Lebensmittelbuch-

Kommission. Die aber hat keinerlei demokratische Legitimation. Da liegt das Problem, denn die Leitsätze wirken wie Gesetze, ohne offiziell Gesetze zu sein.

SPIEGEL: Die Kommission wird immerhin vom zuständigen Bundesministerium für Ernährung gebildet.

Rixen: Das Ministerium hat aber keine Kontrolle über das Gremium! Ist es einmal berufen, sieht die Geschäftsordnung weder effektive Einflussmöglichkeiten vor, noch können Mitglieder der Kommission abgesetzt werden – selbst wenn sie Paragrafen missachten.

SPIEGEL: Ein Großteil der Kommission besteht aus Mitgliedern der Privatwirtschaft beziehungsweise der Zivilgesellschaft. Ist es nicht ein Vorteil, dass da Vertreter verschiedener Akteure sitzen? Damit ist ein Interessenausgleich gewährleistet.

Rixen: Ich habe nichts dagegen, dass Vertreter dieser

Gruppen als kritische Beobachter und Sachverständige einbezogen werden. Aber nicht als verantwortliche Akteure. Weder die Sitzungen noch die Sitzungsprotokolle sind öffentlich. Welches Mitglied wie abgestimmt hat, ist also geheim – und damit auch, welche Interessengruppe sich durchgesetzt hat.

SPIEGEL: Auch im Bundesministerium für Ernährung zweifelt man inzwischen am Konstrukt dieser Kommission. Wie könnte denn ein Modell aussehen, das verfassungskonform wäre?

Rixen: Am einfachsten wäre es, mithilfe eines Paragrafens die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten des Ministeriums auszubauen. Ich würde es allerdings vorziehen, sich ganz von der bisherigen Lebensmittelbuch-Kommission zu verabschieden und die Aufgabe an eine geeignete staatliche Stelle wie etwa das Bundesamt für Verbraucherschutz und

Lebensmittelsicherheit zu delegieren. Wenn man darüber hinaus noch ein Verbandsklagerecht einführen würde, hätte man außerdem eine zusätzliche Kontrollinstanz. sam

Staatsfinanzen

Dauerhaft im Plus

Der deutsche Staatshaushalt wird in den kommenden Jahren dauerhaft Überschüsse erwirtschaften. Das geht aus Unterlagen hervor, die das Bundesfinanzministerium für den Stabilitätsrat erstellt hat. Das finanzpolitische Koordinierungsgremium von Bund und Ländern trifft sich an diesem Montag in Berlin. Der Prognose zufolge werden Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen 2014 einen strukturellen – also von Konjunkturlinien bereinigten – Überschuss von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufweisen, in den Folgejahren bis 2018 jeweils von 0,5 Prozent. In absoluten Größen entspricht das rund 15 Milliarden Euro pro Jahr. Spätestens 2017 werden die Länder in ihrer Gesamtheit einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, beim Bund ist dies schon nächstes Jahr der Fall. Gemeinden und Sozialversicherungen häufen schon seit Jahren Überschüsse an. rei



Kommentar

Schwere Zeiten für RWE

Die Erwartungen der gut 65 000 RWE-Mitarbeiter an ihren Chef Peter Terium waren hoch. Zu hoch, wie sich bei der Aufsichtsratssitzung des Konzerns am Freitag zeigte. Denn was Terium als „Zukunftsplan“ präsentierte, wird dem Ernst der Lage in Essen nicht einmal ansatzweise gerecht. Rund 31 Milliarden Euro Schulden stehen in den Büchern des Konzerns. Erstmals in seiner 116-jährigen Geschichte schrieb das Traditionsunternehmen rote Zahlen. Das alte Geschäftsmodell trägt nicht mehr, weil immer weniger Kraftwerke gebraucht werden.

Doch anstatt die Probleme beherrscht anzugehen, versuchte Terium allen Seiten irgendwie gerecht zu werden. Auf Kündigungen will er weitgehend verzichten, wichtige Planziele wie der Schuldenabbau sollen gestreckt werden. Den klammen NRW-Kommunen, die mit knapp 25 Prozent an RWE beteiligt sind, hatte er schon im Vorfeld eine Konzerndividende von rund 600 Millionen Euro in Aussicht gestellt, die nur dann geringer ausfällt, wenn der Schuldenstand steigt. Egal, wie hoch die Summe

letztlich sein wird, eigentlich brauchte RWE jeden Cent, um den Konzern auf regenerative Energien auszurichten und aus der Braunkohleverstromung auszusteigen.

Dass Terium einen ähnlich spektakulären Sanierungsplan vorlegen würde wie sein E.ON-Konkurrent Johannes Teyssen, der seinen Konzern in zwei Unternehmen aufspalten will, um die Folgen der Energiewende zu meistern (SPIEGEL 50/2014), war angesichts der kommunalen Eigentümer nicht zu erwarten. Dass der RWE-Chef jedoch gar keine Zukunftsperspektive eröffnet und lediglich versucht, allen Kontroversen so weit wie möglich aus dem Weg zu gehen, ist wohl nur mit persönlichen Motiven zu erklären.

Im nächsten Jahr soll der Aufsichtsrat über die Verlängerung seines mit rund vier Millionen Euro dotierten Vorstandsvertrags entscheiden. Vergrätzte Kontrolleure, gleich welcher Couleur, wären dabei nicht förderlich. Auf den Konzern und seine Beschäftigten kommen schwere Zeiten zu. Frank Dohmen